

Globale Nachhaltigkeit in Bremen

Positionen des Bremer entwicklungspolitischen Netzwerks e.V. zu den
Koalitionsverhandlungen 2023

Das BeN

Das Bremer entwicklungspolitische Netzwerk (BeN) ist der Dachverband von über 30 entwicklungspolitischen Initiativen, Vereinen und Gruppen, die sich auf Bremer Landesebene in unterschiedlicher Weise für globale Gerechtigkeit einsetzen.

Ziel des BeN ist es, als Bindeglied zwischen den Eine-Welt-Akteur*innen deren Positionen und Forderungen in die Politik sowie in die Öffentlichkeit zu tragen und so ihr oft ehrenamtliches Engagement sichtbar zu machen.

Durch vielfältige Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Bremen arbeitet das BeN darauf hin, globale Probleme aufzuzeigen und nach entsprechenden Lösungen zu suchen. Für das BeN bedeuten „Entwicklungspolitik“ und „Entwicklungszusammenarbeit“, dass wesentliche (Denk-)Prozesse, Aktivitäten und Veränderungen in diesem Themenfeld auch im Globalen Norden stattfinden müssen – vor der eigenen Haustür. Aus diesem Grund führt das BeN Projekte und Aktionen in Bremen durch, um entwicklungspolitische Debatten vor Ort anzuregen und auf sie Einfluss zu nehmen – im Sinne eines gerechten, fairen und nachhaltigen globalen Miteinanders.

Globale Nachhaltigkeit in Bremen

Das Jahr 2023 markiert die Halbzeit in der Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen: Für die Erreichung der 17 Globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG) und die erfolgreiche „Transformation unserer Welt“ bleiben weniger als acht Jahre. Gleichzeitig verschärfen sich negative Trends: Während die unumkehrbaren negativen Auswirkungen unseres Wirtschaftens auf Umwelt und Klima zunehmen, wächst global die soziale Ungleichheit.

Das Land Bremen bekennt sich ausdrücklich zu den Zielen der Agenda 2030. Bremen ist seit September 2017 „Zeichnungskommune der 2030-AgendaResolution“ und hat die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes im Hinblick auf die SDGs überarbeitet. Der letzte „Bericht zur Umsetzung der SDGs im Land Bremen – Indikatorenbericht 2021“ hat gezeigt, dass die Politik vor Ort Maßnahmen entschieden umsetzen muss, um die Zielerreichung der Agenda 2030 nicht zu gefährden. Um diese Herausforderung konstruktiv anzugehen, möchten wir mit diesem Papier unsere Vorschläge für die kommende Legislaturperiode darlegen.

Globale Nachhaltigkeitsziele auf lokale Ebene herunterbrechen

Wir begrüßen die Bemühungen des Landes Bremen, Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeitsthemen als Querschnittsaufgabe in der Landespolitik zu verankern. Der Bericht zur Umsetzung der SDGs im

Land Bremen und die Verknüpfung des eHaushaltes mit den SDGs sind wichtige Bestandteile der lokalen Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele.

Das sind unsere Vorschläge für den Koalitionsvertrag:

- Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie, inklusive Zielvorgaben mit verbindlichen Indikatoren, welche sich an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes orientiert.
 - Einrichtung von Nachhaltigkeitsbeauftragten („Agenda 2030-Beauftragte“) in allen Senatsressorts.
 - Regelmäßige Berichterstattung über den Umsetzungsstand der Nachhaltigkeitsziele im Land Bremen.
-

Zügige Emissionsreduktion, aber nicht zu Lasten des Globalen Südens

Im letzten Bericht mahnt der Umweltklimarat IPCC, dass die Treibhausgasemissionen bis 2030 um die Hälfte gesenkt werden müssen, um die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen. Mit der Entwicklung der „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ hat Bremen einen wichtigen Schritt in Richtung Klimaneutralität getan. Dabei soll der Import von grünem Wasserstoff aus Ländern des Globalen Südens perspektivisch eine wichtige Rolle spielen.

Das sind unsere Vorschläge für den Koalitionsvertrag:

- Formulierung von Zielen für das Themenfeld „Globale Klimagerechtigkeit“ und Bereitstellung entsprechender Ressourcen.
- Prüfen, ob klimapolitische Investitionen des Landes Bremen nicht zu einem größeren CO₂-Einspareffekt führen, wenn sie – zumindest zum Teil – im Globalen Süden, etwa in den Partnerstädten – unter der Voraussetzung der sozialen Verträglichkeit vor Ort, eingesetzt werden. Denn: Dem Klimawandel ist es egal, wo auf der Welt CO₂-Einsparungen vorgenommen werden.
- Den Import von Wasserstoff aus Ländern des Globalen Südens an die Bedingung knüpfen, dass die lokale Bevölkerung mit einbezogen wird und hiervon profitiert (unabhängige Überprüfung).
- Kein Import von Wasserstoff aus Ländern des Globalen Südens, die bereits unter Wasserknappheit leiden.
- Finanzielle Mittel für Projekte mit Partner*innen im Globalen Süden für Klimaanpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen bereitstellen.

Engagement im Bereich „Entwicklungszusammenarbeit“ ausbauen

Die Freie Hansestadt Bremen engagiert sich seit mehreren Jahrzehnten für das Thema Entwicklungszusammenarbeit und ist dabei oftmals Vorreiterin und Impulsgeberin gewesen. In einer sich rasant wandelnden Welt sollten auch die Strukturen im entwicklungspolitischen Bereich „mitwachsen“.

Das sind unsere Vorschläge für den Koalitionsvertrag:

- Bekenntnis zu den entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes und Sicherstellung der kontinuierlichen Umsetzung.

- Deutliche Aufstockung der finanziellen Ausstattung der Abteilung „Internationale Kooperationen und Entwicklungszusammenarbeit“ in der Senatskanzlei.
- Einrichtung eines Bremer Eine-Welt-Zentrums, das „Bremen Global Hub“, orientiert am Projekt „Berlin Global Village“.
- Ausbau der Städtepartnerschaften, z.B. zu den Themen Frauenrechte, Teilhabe behinderter Menschen und globale Klimagerechtigkeit.
- Verstetigung und Ausweitung des Kleinprojektfonds „Bremer Förderung von entwicklungspolitischen Kleinprojekten im Globalen Süden“ (BreGlob).
- Ausweitung des Eine Welt-Promotor*innen-Programms um eine Stelle „Teilhabe in der Entwicklungszusammenarbeit“.
- Unterstützung von Jugendbegegnungen von jungen Menschen aus Bremens Partnerstädten zu Fragen globaler Gerechtigkeit und (Post-)Kolonialismus.
- Eine Basisförderung aus Landesmitteln für das entwicklungspolitische Landesnetzwerk, damit dieses langfristig abgesichert ist und seine Funktion unabhängig wahrnehmen kann.

Soziale Verantwortung von Bremer Unternehmen stärken

Das Inkrafttreten des „Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten“ (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz) stellt einen wichtigen Paradigmenwechsel im globalisierten Wirtschaften dar: Nur Unternehmen, die die Verantwortung für die Auswirkungen ihres wirtschaftlichen Handelns auf Mensch und Umwelt entlang ihrer Lieferketten übernehmen, können von den Vorteilen globalen Wirtschaftens profitieren. Dieser Grundsatz sollte auch für Unternehmen gelten, die bisher nicht unter das Lieferkettengesetz fallen. Bremen als Wirtschaftsstandort mit hoher Exportquote und maritimem Schwerpunkt kommt in diesem Prozess eine besondere Verantwortung zu.

Das sind unsere Vorschläge für den Koalitionsvertrag:

- Erstellung eines Aktionsplans, um Verstöße menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten beim Import- und Export über Bremer Häfen aufzudecken und zukünftig zu verhindern.
- Unterstützung beim Aufbau eines Netzwerkes / Runden Tisches für einen akteursübergreifenden Austausch zur Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes im Land Bremen (Ansprache von potenziellen Teilnehmenden, Schaffung von Synergien zwischen Akteur*innen, Teilnahme der zuständigen Senatsressorts).
- Verankerung von ökologisch wie auch sozialer Nachhaltigkeit und globaler Lieferkettenverantwortung als Kernthema im Projekt „Umwelt Unternehmen“ des Landes Bremen und der RKW Bremen GmbH.

Ökologische und soziale Nachhaltigkeit in Hafenwirtschaft und Schifffahrt stärken

Die Häfen bestimmen nicht nur maßgeblich die Wirtschaft Bremens, sie sind auch ein identitätsstiftendes Merkmal des Landes. Häfen sind Knotenpunkte für globalisierte Lieferketten, die den Konsum vor Ort mit den Leben von Arbeiter*innen im Globalen Süden verbinden, da ein Großteil

der dort produzierten Waren auf dem Seeweg transportiert wird. Bremen sollte dieser Rolle gerecht werden und sich entsprechend positionieren.

Das sind unsere Vorschläge für den Koalitionsvertrag:

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Seeleuten, z.B. durch die Berücksichtigung des Mindeststandards der ITF als Erfüllungskriterium bei der Vergabe des greenports Awards und der Einführung eines Rabattes auf Hafengebühren für die freiwillige Übererfüllung sozialer Mindeststandards.
- Einsatz auf Bundesebene, dass deutsche Reedereien die Einhaltung internationaler Arbeitsrichtlinien auf allen ihren Schiffen gewährleisten, die Ausbeutung internationaler Seeleute beenden und Umweltschutzmaßnahmen umsetzen.
- Verstärkte Unterstützung von Akteur*innen, die sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Seeleuten einsetzen, wie die Seemannsmissionen in HB und BHV, die Transportarbeiter-Gewerkschaft ITF, sowie das akteursübergreifende Bündnis „Fair übers Meer“.

Sozial nachhaltige Beschaffung ausbauen

Das Land Bremen ist im Bundesvergleich Vorreiter bei der sozial nachhaltigen Beschaffung. Das Tariftreue- und Vergabegesetz und die Bremer Kernarbeitsnormenverordnung schreiben für viele Produktgruppen die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen als Mindeststandards vor. Die Umsetzung dieser Standards muss flächendeckend kontrolliert werden.

Das sind unsere Vorschläge für den Koalitionsvertrag:

- Erstellen einer Vergabestatistik für das Land Bremen, gesondert für die beiden Stadtgemeinden, unter Zuhilfenahme der veröffentlichten Daten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.
- Die Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes und der Bremer Kernarbeitsnormenverordnung müssen auch für die Einrichtungen gelten, an denen das Land Bremen mit mehr als 50% beteiligt ist (z.B. BLG LOGISTICS, Bremenports, Wirtschaftsförderung Bremen, BAB Förderbank für Bremen und Bremerhaven, GEWOBA, Brebau, ...) oder die maßgeblich aus Bremer Mitteln gefördert werden.